

Antrag

der Abgeordneten Dr. Petra Sitte, Dr. Gesine Löttsch, Roland Claus, Dr. Kirsten Tackmann, Dr. Lothar Bisky, Cornelia Hirsch, Dr. Lukrezia Jochimsen, Volker Schneider (Saarbrücken), Dr. Dietmar Bartsch, Karin Binder, Heidrun Bluhm, Eva Bulling-Schröter, Lutz Heilmann, Hans-Kurt Hill, Katrin Kunert, Michael Leutert, Dorothee Menzner, Dr. Ilja Seifert und der Fraktion DIE LINKE.

Errichtung einer Großforschungseinrichtung in den neuen Ländern

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

SPD, CDU und CSU vereinbarten in ihrem Koalitionsvertrag vom 11. November 2005, dass bei der Errichtung neuer Großforschungseinrichtungen die neuen Bundesländer angemessen berücksichtigt werden sollen. In der Antwort auf die Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE. (Bundestagsdrucksache 16/4943) teilt die Bundesregierung jedoch mit, sie beabsichtige nicht, in dieser Legislaturperiode weitere Großforschungseinrichtungen zu gründen. Darüber hinaus wird offenkundig, dass die Bundesregierung auch nicht im Rahmen der Bundesländer-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung (BLK) die Initiative ergriffen hat, um gemeinsam mit allen Ländern zu Vereinbarungen zu kommen, wie die neuen Bundesländer bei der Planung von Forschungseinrichtungen und -bauten besondere Berücksichtigung finden. In diesem Zusammenhang wurde erst jüngst bekannt, dass auch die unter der rot-grünen Bundesregierung angestoßene Idee eines nationalen Biomasseforschungszentrums im Raum Halle–Leipzig nicht als Großforschungseinrichtung ausgestaltet wird.

Der Deutsche Bundestag kritisiert, dass die Pläne zur Errichtung von Großforschungseinrichtungen in den neuen Ländern zum Erliegen gekommen sind. Damit droht Ostdeutschland, bei den Forschungseinrichtungen und der Forschungsstärke abgekoppelt zu werden.

Der Deutsche Bundestag sieht Forschung und Entwicklung als zentrale Voraussetzungen für die Innovationsfähigkeit einer Gesellschaft. Sie sind wesentlicher Bestandteil für die wirtschaftliche Entwicklung in Ostdeutschland; sie sind Vorbedingungen für den wirtschaftlichen Aufschwung.

Vor dem Hintergrund der gegenüber den alten Ländern deutlich geringeren Forschungsstärke ostdeutscher Hochschulen und der strukturellen Benachteiligung ostdeutscher Einrichtungen bei der Teilhabe an Forschungsförderprogrammen sind hier gezielte Initiativen zur Stärkung des Innovationspotenzials notwendig. Die Errichtung einer Großforschungseinrichtung kann so zu einem wesentlichen Bestandteil der Grundlagenforschung in Ostdeutschland und zu einem attraktiven Lebens- und Forschungsstandort für Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus dem In- und Ausland werden.

Ein Großforschungszentrum in den neuen Ländern begünstigt den Strukturwandel und trägt somit zur Angleichung der Lebensverhältnisse in Ost und West bei. Solch ein Forschungszentrum hat Ausstrahlungswirkung für die Entstehung und Ansiedlung von Unternehmen, insbesondere kleiner und mittelständischer Wirtschaft, und generiert somit eigenständiges Wachstum in einer benachteiligten Region. Darüber hinaus setzt es Anreize für die Stärkung der industriellen Forschung in Ostdeutschland, die nach wie vor noch deutlich unterentwickelt ist.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. bei der Errichtung neuer Großforschungseinrichtungen die neuen Länder angemessen zu berücksichtigen;
2. noch in der zweiten Jahreshälfte 2007 ein Konzept für die Errichtung einer Großforschungseinrichtung in den neuen Ländern vorzulegen, das Ideen für thematische Schwerpunkte, Eckpunkte für ein transparentes Auswahlverfahren, einen Zeitrahmen für Planung, Bau und Errichtung der Forschungseinrichtung sowie eine Planung der Investitionskosten enthält;
3. den ostdeutschen Wissenschaftsstandort zu stärken und beim Hochschulbau und bei der Forschungsförderung die neuen Länder besonders zu berücksichtigen.

Berlin, den 19. Juni 2007

Dr. Gregor Gysi, Oskar Lafontaine und Fraktion